

Protest gegen Schuldenerlass

BAUINDUSTRIE

„Dieser Beschluss ist politisch motiviert – und die deutsche Bauindustrie zahlt die Zeche.“ Mit diesen Worten kommentiert Michael Knipper, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, die Entscheidung des so genannten „Pariser Clubs“ zum Schuldenerlass für den Irak. Die Gläubigerländer, darunter auch Deutschland, verzichten damit auf 80 Prozent ihrer Forderungen gegenüber dem Zweistromland. Bei der deutschen Bauindustrie steht der Irak allein mit 1,7 Milliarden Euro in der Kreide, die vor allem aus unbezahlten Rechnungen aus den achtziger Jahren stammen. Laut Knipper hätte die Bauindustrie einen Erlass der Hälfte der irakischen Schulden mitgetragen. Einige Unternehmen wollten nun gegen den Bund klagen, um auf diese Weise an ihr Geld zu kommen.



Foto: AWM

„Betriebsräte sind als bürokratische Instanz das Gegenteil von dem, was die kleinen und mittleren Betriebe so erfolgreich macht: die Flexibilität.“

GÜNTER SCHMITT-BOSSLET, Aktionsgemeinschaft wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)

5 FRAGEN AN:

Boris Kuder

Vor allem ältere Vermögensbesitzer drängen kurz vor Ende der Steueramnestie darauf, ihr Schwarzgeld zu legalisieren, stellt der auf Steuerstrafrecht spezialisierte Anwalt fest.

Herr Kuder, im Frühjahr haben Sie in ProFirma die Amnestie als „Geschenk für Steuersünder“ bezeichnet. Hat es Sie überrascht, dass bis jetzt weniger als ein Zehntel jener Summe an Schwarzgeld deklariert wurde, mit der das Finanzministerium gerechnet hat?

Kuder: Es hat mich überrascht. Einer der Gründe für die geringe Akzeptanz ist die Angst davor, künftig die Aufmerksamkeit der Steuerprüfer auf sich zu ziehen. Zudem gab es zu Beginn des Jahres 2004 Unsicherheiten, wie bestimmte Einkunftsarten im Rahmen der Amnestie bewertet werden. Das führte dazu, dass eine Reihe von Anfragen von Anfang 2004 an unsere Kanzlei nicht in einer strafbefreienden Erklärung endeten, weil sich die Klienten dagegen entschieden hatten. Diese Unsicherheiten wurden durch mehrere Schreiben des Finanzministeriums ausgeräumt.

Jetzt, quasi auf den letzten Drücker, erhalten wir eine ganze Reihe von Anfragen.

Was ist der Anlass für dieses plötzliche Interesse?

Kuder: Das sind sehr häufig ältere Kapitalanleger, die Geld unversteuert im Ausland angelegt haben, und die nicht möchten, dass sich ihre Erben nach ihrem Ableben strafbar machen.

Am 31. März 2005 endet die Frist für strafbefreiende Erklärungen. Erwarten Sie, dass es Anfang des Jahres zu einer häufigeren Annahme des Amnestieangebots kommt?

Kuder: Einige werden sicher ihre Erklärung im neuen Jahr abgeben, auch weil das Bereitstellen der Unterlagen durch die ausländischen Banken einige Wochen benötigt. Aber auch dann lohnt sich die Erklärung noch. Zwar wurden 2004 Kapitalerträge im Zuge der Amnestie effektiv mit 15 Prozent

besteuert. Aber im ersten Quartal des neuen Jahres sind es nur sechs Prozentpunkte mehr.

Die Amnestie gilt nur für Vergehen bis zum Jahr 2002. Wie soll der Steuersünder mit verschwiegenen Einnahmen aus dem Jahr 2003 umgehen?

Kuder: Entscheidend ist, dass zeitgleich zur strafbefreienden Erklärung eine Selbstanzeige für 2003 gemacht wird. Wer auch diese Steuerschuld rechtzeitig bezahlt, bleibt insoweit straffrei.

Sind die Ängste der Steuersünder, im Visier der Steuerprüfer zu bleiben, berechtigt?

Kuder: Für die Finanzbehörden gilt das Verwertungsverbot für die unter die Amnestie fallenden Jahre. Aber wer die Amnestie angenommen hat, braucht sich davon nicht schrecken zu lassen, denn er will ja in Zukunft steuer ehrlich sein.

INTERVIEW: PETER STEINMÜLLER



Foto: Ralf Bauer

„Die strafbefreiende Erklärung lohnt sich auch 2005 noch.“

O-TÖNE



Karl Helesic, Im-Press Germany, Koblenz

„Der Sachverständigenrat rechnet mit einem Anziehen der Inlandsnachfrage im neuen Jahr. Ist das für Sie ein Anlass, mit Hoffnung auf Umsatzsteigerung die Marketingaktivitäten zu verstärken?“

„Auf den ROI freuen“

„Wir haben in der schwierigen Zeit unsere Marketingaktivitäten verstärkt, um unsere Chancen zu nutzen. Sollte der Sachverständigenrat richtig liegen, werden wir zwar nicht weniger in Marketing investieren, aber auch nicht mehr. Wir werden die Aktivitäten den veränderten Bedingungen anpassen und uns auf den Return on Investment freuen.“

„Marketingbudget um 30 Prozent erhöht“

„Diese Einschätzung spiegelt sich auch in den Kundenanfragen wider. Wir haben für das neue Jahr unser Marketingbudget um 30 Prozent erhöht. Derzeit werden wir verstärkt auf Online-Pressearbeit angesprochen. Als PR-Agentur setzen wir deshalb ab 2005 zu nahezu gleichen Teilen auf die Online-Marketingaktivitäten wie Suchmaschinenplatzierungen und auf die klassischen Marketing-Instrumente, wie Flyer und Direktmailingaktionen.“



Johannes Schneider, Lurch AG, Hildesheim

„Gleich hohes Niveau“

„Wir fahren unsere Marketinganstrengungen auf einem konstant hohen Niveau; gerade auch in Zeiten schwächerer Nachfrage. Ein Anziehen der Inlandsnachfrage ist für uns eine Bestätigung, dass wir unsere Hausarbeiten richtig gemacht haben. Unsere Aktivitäten bleiben auch 2005 auf gleich hohem Niveau. Insofern verhalten wir uns antizyklisch!“

„Budgets gezielter einsetzen“

„Auch in der rezessiven Phase haben wir unsere Marketingaktivitäten kontinuierlich gesteigert. Jetzt beobachten wir genau die Umsatzentwicklung innerhalb der einzelnen Zielgruppen. So können wir unsere Budgets und Aktionen noch gezielter einsetzen.“



Jeannette Peters, Mediapresence, Unna



Albert Paul, Cost-Expert GmbH

SOZIALPOLITIK

Das Beste zur „Teilpauschalprämie“

In der letzten Zeit ist kein Reformvorschlag von Experten und Wirtschaftsverbänden derart mit Hohn und Spott überzogen worden wie das „Gesundheitsprämie“-Modell von CDU und CSU. ProFirma hat die pointiertesten Reaktionen gesammelt:

Peter Rauen, CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung MIT: *„Für den Mittelstand und die gesamte Wirtschaft ist dieses Ergebnis ausgesprochen enttäuschend.“*

Dieter Hundt, BDI: *„Gemischt-lohnabhängige-Arbeitgeberbeitrags-Fondssteuergänzungs-finanzierte-Teilpauschalprämie.“*

Bert Rürup, Mitglied des Sachverständigenrates: *„Dieses Kind eines Kompromisses hat einige Geburtsschäden erlitten.“*

Peter Bofinger, ebenfalls Mitglied im Sachverständigenrat: *„Wenn Sie Rot- und Weißwein mischen, gibt es nicht zwangsläufig Roséwein. Jeden Weinkenner wird es schütteln, jeden Ordnungspolitiker schüttelt es bei diesem Vorschlag.“*

Rolf Kurz, Bundesverband der Selbständigen (BDS): *„Da die Union sonst immer weniger Staat und Bürokratie fordert, macht sie sich mit solchen Vorhaben unglaubwürdig.“*

Rainer Brüderle, FDP-Wirtschaftsexperte: *„Schwarzer Eierlauf.“*

Dieter Philipp, ZHD: *„Nicht zukunftsfähig.“*

Süddeutsche Zeitung: *„Würde ein Firmenchef so rechnen, müsste er wegen versuchten Bilanzbetrugs belangt werden.“*

Herbert Hannen

Arbeitsplätze für Benachteiligte

In jedem Ausbildungsjahr stellt Bäckermeister Herbert Hannen zwei bis drei Azubis ohne Schulabschluss ein. Jetzt würdigten die Wirtschaftsunioren Deutschlands sein ehrenamtliches Engagement: Aus der Hand von Rezzo Schlauch, dem Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung, erhielt der Unternehmer aus Mönchengladbach den Unternehmerpreis „Zivil 2004“. Herbert Hannen setzt sich in vielfältiger Weise für Menschen ein, die nur schwer einen Arbeitsplatz finden. So beschäftigt er mehrere Schwerbehinderte in seinem Betrieb mit rund 180 Mitarbeitern. Viele Langzeitarbeitslose finden in der Bäckerei, den Cafés oder in den 19 Filialen einen Arbeitsplatz. Erst in diesem Jahr hat Hannen einen taubstummen Azubi als Gesellen übernommen und dafür die Backmaschine von akustischen auf optische Signale umrüsten lassen.

Gemeinsamer Blick auf die „Zivil“-Urkunde (v. l.): Rezzo Schlauch, Bäckermeister Herbert Hannen und Tochter Linda Hannen.



Foto: WJD